



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Dönhofs (A 7) 3600—3665. Fernverkehr: Dönhofs 3666—3698. Telegramme: Ullsteinbahn, Berlin. Postfach-Konto: Berlin 566. Monatsheft 3,00 M (einschl. Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtheit: Dr. Gerhard Thimm, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zelle 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zelle 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] · Nr 174

MITTWOCH, 12. APRIL 1933

ABEND-AUSGABE

Die neue Ländergewalt

Mit der Ernennung des preussischen Ministerpräsidenten Göring ist die am 20. Juli eingeleitete Preußen-Aktion beendet. Sie war hauptsächlich eine Reichsregierung, die Beschlüsse wird von der Reichsregierung in der Form abgeben und das Ergebnis werden.

Die Befreiung der fast neun Monate, die seit jenem 20. Juli vergangen sind, ist die Früchte der Umwälzung, die wir erlebt haben, erneuert. Damals war Reichsminister der jetzige Reichsminister von Papen. Er wurde zum Reichskommissar bestellt mit der Vollmacht, als Ministerpräsident zu fungieren. Damit war die erste Gleichstellung vollzogen worden. Aber die von dem Weimarer Reichstag aufgestellten Schranken machten die volle Gleichstellung unmöglich. Die Weimarer Reichsregierung hatte zwischen Liberalismus und Föderalismus einen Kompromiß hergestellt. Zwar hätte die Reichsregierung darauf abgesehen, aber es ist unmöglich, daß ein nachfolgender Widerstand einer Landesregierung gegen die große Linie der Reichspolitik auf die Dauer nicht möglich war, aber zum Ausgleich werden rechtlich unabhängige Schranken zum Schutz der Eigenverantwortlichkeit der Länder errichtet worden. Da die Weimarer Reichsregierung nicht verstanden wollte, so kamen diese Schranken zur Geltung, und das war der Sinn des berühmten Berliner Spruchs im Oktober 1932. Das Reich erhielt damals von den obersten Richtern zurückgegeben, was ihnen durch die Reichsregierung ausgeschrieben ließ, aber die völlige Gleichstellung war auf diesem Wege nicht herbeizuführen. Wohl war nun jetzt ab die preussische Staatsregierung nur eine Landesregierung, aber dieser Schranken lief quer zur wirklich die Geschäfte führenden Regierung.

Die Schranken der Weimarer Reichsregierung sind jetzt weitgehend beseitigt. Die Länder sind im Begriff, ihre eigene Verantwortlichkeit aufzugeben, auszuüben für einen alles überhörenden Reichsregiment. Wenn die jetzt begonnene Arbeit weiter bedrängt wird, so wird, um ein Wort Ludwig Uhlands aus der Paulskirche abzuwandeln, kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen Reichsregiment gelöst ist.

Nach sind wir im Übergang. Die Staatsräte werden Beauftragte des Reiches sein, denen die eigenwillige Verantwortung gegenübersteht. Der Dualismus ist noch nicht ausgeräumt, sondern nur ein Stadium tiefer gelegt. Allerdings fehlen in diesem Stadium manche Mittelstücke, die jetzt allmählich anmuten und einträglich werden können.

Eine Reihe von Funktionen des bisherigen Ministerpräsidenten hat der Staatsrat übernommen. In Preußen erkannte bisher der Ministerpräsident die übrigen Mitglieder der Staatsregierung, jetzt hat der Staatsrat dieses Recht, und der Ministerpräsident übermittelte ihm nur die Verfügungen. In Preußen hat bisher der Ministerpräsident an das Reich, den Landtag aufzulösen und Steuern auszusprechen, dem Staatsrat zu. In Preußen hat bisher das Staatsministerium die Landesregierung ausgereicht und verordnet, künftig liegt hinsichtlich derjenigen Gesetze, die von der Landesregierung beschlossen werden, dieses Recht dem Staatsrat zu. In Preußen wurden die oberen Beamten- und Richterstellen bisher von der Landesregierung besetzt, künftig liegt das Recht der Ernennung dem Staatsrat zu, der die entsprechenden Verfügungen der Landesregierung erhält. In Preußen übte bisher das Staatsministerium das Begnadigungsrecht aus, künftig liegt dieses Recht dem Staatsrat zu. Es ist also die bisherige Landesregimentgewalt geteilt worden. Die obersten Befehlsbefugnisse, wie sie gewöhnlich ein Staatsoberhaupt ausübt, sind dem Staatsrat übertragen. Dieser Teil der Staatsgewalt sieht ihnen oder nicht als Träger einer Landesregimentgewalt aus, sondern als Beauftragten der Reichsregimentgewalt, und für den größte Land, für Preußen, wird das durch die Bekräftigung mit dem Amte des Reichskommissars noch verstärkt.

Man würde jedoch irren, wollte man deshalb die Bedeutung der Landesregierungen neuer Art geringer einschätzen. Das ihnen oben abgenommen wurde, ist ihnen unten um so reichlicher hinzugefügt worden. Die 17000 ständige Führung aller öffentlichen Geschäfte durch föderale Gliederung einer Ordnung von Beauftragten und Befehlspersonen macht die Landesregierung mit der ihr unmittelbar unterstellten Reichsregimentgewalt mit wie vor zur obersten Instanz für eine Fülle der verschiedenartigen Aufgabenzweige, und der Umfang ihrer Vollmachten ist gegen früher nur gesteigert. Der kommenden organischen Neugliederung des Reichsaufbaus werden es vorbehalten sein, aus der gesamten Teilung zwischen Reich und Ländern eine Aufgabenteilung einzusetzen, die bei der von Reichsregimenten niedriger- und höherer Ordnung gemeinsam nicht nur ihre Autorität, sondern auch die Richtlinien ihrer Arbeit von der oben obersten Gebietsregimentgewalt empfangen; dem Reich.

Volksfest der deutschen Arbeit

Der Reichskanzler gibt den Vierjahresplan bekannt

Die Reichsregierung wird aus dem Tag der nationalen Arbeit am 1. Mai ein Volksfest machen. Im Mittelpunkt soll der deutsche Arbeiter stehen. Der Reichskanzler wird eine Erklärung verlesen, die dem deutschen Arbeiter gemeldet sein wird. In dieser Erklärung wird er den bisher nur im Grundriss verfaßten Vierjahresplan in seinen Einzelheiten bekanntgeben, soweit er sich über das erste Jahr erstreckt. Die Absichten der Reichsregierung für die Feier des 1. Mai werden dabei nach Angaben der zuständigen Stelle folgen-demmaßen umrissen:

Der deutsche Arbeiter darf nicht wieder das Objekt des freien Spiels der Kräfte werden, denn dieses freie Spiel der Kräfte hat dazu geführt, daß der größte Teil des deutschen Volkes proletarisiert wurde und den heftigsten Zusammenstoß untereinander erleidet. Der deutsche Arbeiter soll wieder ein vollberechtigtes Mitglied der deutschen Volksgemeinschaft werden, er soll erkennen, daß er seine Interessen nicht im Klassenkampf am besten wahrt, sondern daß alle deutschen Stände es als Lebensnotwendigkeit ansehen, die wirtschaftliche Leistung des deutschen Arbeitlers zu sichern.

Die Macht des deutschen Volkes beruht im geschlossenen Eintrich der Kräfte auf allen Gebieten. Die wirtschaftlichen Rechte und Pflichten müssen unantastbar festgelegt werden. In diesem Sinne wird der deutsche Arbeiter am 1. Mai handstreichs demontieren, denn er weiß, daß sein eigenes Leben in diesen Händen ist. Das deutsche Volk soll auf diesem Tage seine unbedingte Solidarität mit der Arbeiterschaft bezeugen.

*

Das Programm des Festtages liegt jetzt in den wesentlichen Einzelheiten fest. In den frühen Morgenstunden werden sich die Belegschaften in den Betrieben sammeln, wo

eine feierliche Flaggenhissung erfolgt. Um 11 Uhr findet die große Kundgebung im Lustgarten statt, auf der Reichsminister Dr. Goebbels sprechen wird. In der Zeit zwischen 17 und 18 Uhr finden die Konzerte der Reichsmusik, der G.M., Stahlhelm, der Polizei und anderer Verbände statt. Um 18 Uhr werden Abordnungen der deutschen Arbeiterschaft aus ganz Deutschland und auch aus Oesterreich zum Reichskanzler empfangen werden, die wie bereits bekanntgegeben wurde, im Flugzeug nach Berlin gebracht werden.

In der Zeit von 17 bis 20 Uhr sammeln sich die Verbände zum Anmarsch in Richtung Tempelhofer Feld, auf dem der eigentliche Höhepunkt des ganzen Tages, die feierliche Abendveranstaltung, stattfinden soll. Diese Feier beginnt um 20 Uhr. Man rechnet damit, daß alles in allem etwa eine Million Menschen auf dem Tempelhofer Feld versammelt sein werden. Die Feier wird mit dem gemächlichen Gesang der ersten Strophe des Liedes „Der Gott, der Essen walden ließ“ eingeleitet. Nach der Ankunft des Reichskanzlers und der Reichsregierung wird durch eine Abordnung der Hitler-Jugend neben der Kaiser-Fahnen die Ehren des Reichspräsidenten von Hindenburg eine junge Eiche unter den Klängen des Sport-Weiß-Rieses empfangen. Es wird sich dann ein großer Zapfenstreich und ein Feuerwerk anschließen und dann werden die Verbände durch die einzelnen Stadtteile festlich durchgezogen.

Sämtliche Feierlichkeiten werden durch den Rundfunk übertragen. Sanftmütiger werden auf allen größeren Plätzen aufgestellt werden. Während der Übertragung werden in den einzelnen Städten die Verbände feiern abhalten, bei denen die Übertragung gehört wird, daran werden sich eigene Feiern anschließen.

Siehe auch zweite Seite

Das Geständnis der Ingenieure

Heute Beginn des Moskauer Prozesses

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung
LONDON, 12. APRIL

Die englische Regierung hat ein zweites ausführliches Dokument über die Verhaltungsaffäre der sechs englischen Viers-Jahres-Ingenieure in Moskau veröffentlicht. Im Wesentlichen ist dem Bericht beigefügt, das hat jetzt veröffentlicht auf die Unter-suchungsmethoden der russischen Seite und den Inhalt der Anklage. Die Klage richtet sich nicht gegen die Metropolitan Vickers als Gesellschaft, sondern in erster Linie gegen die englischen Ingenieure Thornton und Macdonald, die im Auftrag gewisser „Organisationen“ Spionage und Sabotage betrieben haben sollen.

Wie das Verdict darlegt, ist von den beiden Angeklagten, die in 1928/29 im hiesigen hiesigen ununterbrochenen Verhöre verurteilt wurden, ein Geständnis erlangt worden. Macdonald soll angegeben haben, daß er im Auftrag Thorntons Spionagematerialien geliefert und von ihm Geld für diese Zwecke erhalten habe. Thornton soll angegeben haben, einem anderen der englischen Ingenieure, Nordwell, Geld für Sabotage-

arbeiten zu übergeben zu haben, der es wiederum an den russischen Ingenieur Sabonoff weitergeleitet habe.

Thornton hat dann später nach seiner Freilassung gegen Kauton angegeben, die G. P. U. habe ihn zu dem Geständnis treiben wollen, daß er im Auftrag des britischen Geheimdienstes und mit Mitteln des britischen Konsulats gearbeitet habe. Die Erklärung des Macdonald wird, dieses, ein Geständnis, soll ebenfalls unter Anwendung von föderlichen Methoden an dem Geständnis gewonnen worden sein, daß Thornton zum britischen Konsulat 50 000 Rubel empfangen habe.

Nach in der letzten Oberhausdebatte über das Gesetz zur Verhinderung der Einfuhr aus Sowjetrußland schilderte Lord Halifax nochmals die Behandlung der britischen Ingenieure in Moskau und erklärte, es sei eine Zielvorgabe der Sowjetregierung, die Verbote so lange fortzusetzen, bis die Verhafteten alles offen-schuldig sagten. Wenn jedoch die Verhafteten ihre die Verhaftungen nach Verhängen der Verhaftungen in den Ostingenieur äußert eingeleitet werden und hätten sich nur sehr zeitlich befreit werden. Die Erklärung des Staatsanwalts, daß zwei der Verhafteten die Zahlung von Geldern für wirtschaftliche und politische Spionage ausgegeben hätten, ist völlig unwahr. Die Befreiung des Verhafteten nach einem Prozeß sei in Sowjetrußland ein Mittel, um ihn von einer außerordentlichen Verurteilung abzuhalten. Unter Hinweis auf ein Buch des russischen Justizministers Petrowitsch erklärte Lord Halifax, wenn ein Mann vor ein sowjetisches Gericht gebracht werde, handelt es sich nicht darum, ob er schuldig oder nichtschuldig sei, sondern ob seine Verurteilung im Interesse des Staates liege. Die britische Regierung hoffe, daß es nicht nötig sein werde, die ihr auf Grund des neuen Gesetzes erteilten Vollmachten anzuwenden, aber sie wolle der sowjetrussischen Regierung doch mit allen ihr zur Verfügung liegenden Mitteln helfen, wie ernst die Angelegenheit in England betrachtet werde, und daß das ganze englische Volk in dieser Sache hinter der Regierung stehe. Bei der Abstimmung nahm das Oberhaus das Gesetz über das Verbot der Einfuhr sowjetrussischer Erzeugnisse in zweiter und dritter Lesung an.

Die Kosten der Schutzhaft

Erhebung des Innenministers
Der kommunistische Preussische Innenminister steht in einem Dunderlöffel an, daß eine Übersicht über die Kosten aufzustellen ist, die durch die Inhaftierung von politischen Gefangenen in den beiden letzten Monaten des Rechnungsjahres 1932 entstanden sind und die weiterhin voraussichtlich im Rechnungsjahre 1933 entstehen werden. Dabei soll u. a. auch angegeben werden, wie groß die Zahl dieser Gefangenen ist, die sich am 31. März 1933 in der Schutzhaft befanden.

Die Selbstpreisgabe der Volkspartei

Eine Erklärung Dr. Hugos

Der frühere zweite Vorkämpfer der Deutschen Volkspartei, Dr. Hugo, der in der vorigen Woche in einer Ausrede mit dem Reichsanwalt die Überlieferung der Partei in die R.D.D.M.P. angeteilt und dann in der nächsten Nummer, über die Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er die Gründe seines Vorgehens darlegt.

Er stellt einleitend fest, daß die Deutsche Volkspartei ihre parteibindenden Kräfte verloren habe, und daß es in diesem Staat, der grundmäßig anders sei als der von Weimar, nur noch einen Rahmen für die politische Mitwirkung gebe: die nationalsozialistische Bewegung. Nicht nur der Sieg bei den Wahlen, sondern vor allem die Arbeit nach dem 8. März habe dem Deutschen Volk zum Bewußtsein gebracht, daß es nur noch einen politischen Willen gebe, und daß die Doppelkopfsparteien eine Willkürherrschaft auf die Dauer nicht bößten.

Hugo schließt dann die Fäden der neuen Regierung im einzelnen auf: Die Überwindung des Parlamentarismus, die Bekämpfung eines Reichs-, Staats- und Finanz-Reforms, die Beschaffung des Parlamentarismus, auch in den Kläbern und Gemeinden und die Vernichtung des Kommunismus. Alles dies ist eine Leistung von geschichtlicher Größe und umfaßt auch die Kernprobleme der nationalliberalen und nationalsozialistischen Politik. Was die Partei gegen die Hitler auf dem Weg haben sie es konnte, vollbrachte. Die Ziele weitgehend die politische Überlieferung ist nunmehr in die Hände der R.D.D.M.P. übergegangen.

„Eine Revolution“, so sagt Hugo weiter, „kann nicht herbeigeführt und offenbar nicht gewisser Terror. Aber während diese notwendigen Begleiterscheinungen abflauen werden, bleibt die große nationale Aufgabe, das Reich neu einzurichten und den Bau des neuen Reiches zu setzen. Es ist die Befreiung des National-Liberalismus und der Volkspartei gewesen, nicht nur die nationale Pflicht zu erfüllen, sondern vor allem das Selbstverantwortungs-bewußtsein an den Tag zu legen, das in der tätigen Mitarbeit zum Ausdruck kommt. Wie hat es der Volkspartei gelegen, sich der Verantwortung zu entziehen und sich der Opposition zu erziehen.“

Zum Schluß erklärt Hugo, er habe sich in der Unterredung mit Hitler davon überzeugt, daß die Mitarbeit der ehemaligen Volksparteier in der R.D.D.M.P. begrifflich werde. Damit falle der letzte Grund fort, die Deutsche Volkspartei, die nicht mehr mit Erfolg selbständig unterirdische Arbeit leisten könnte, aufrechtzuerhalten. Das Odet der Stunde sei die Konzentration der nationalen Kräfte in Deutschland.

Die Reise nach Amerika

Was wird mit der Juni-Rate?

Der englische Premierminister MacDonald wird nach dem offiziellen Brief in Washington nur der Abreise in New York wahrscheinlich eine große öffentliche Rede halten. Gerüchte über einen Abreise-MacDonalds nach Ottawa, der kanadischen Hauptstadt, werden in London Kreisen als haltlos bezeichnet. Die Wähler hatten bereits sich gleichzeitig mit MacDonald nach Amerika, um dort Beiträge zu halten und das Ehrenbotenvat der Columbia-Universität zu empfangen.

*

Der frühere französische Ministerpräsident Gerriot will einige Sachverständigen nach Amerika mitbringen, in seinen ehemaligen Amtsbereich der Abgabe, den Handel in Amerika, und den Direktor der handelspolitischen Abteilung des Quai d'Orsay, Coulaudre, den Ministerialrat im Finanzministerium Pigot, Spezialisten für Schulden- und Reparationsfragen. Zugleich wird auch der neue französische Botschafter de Lauboulange in New York eingetroffen.

Gerriot selbst hat in einem Interview im „New York Herald“ erklärt, daß er all seinen Einfluß aufzubringen werde, damit Frankreich die Schuldentafel vom 15. Dezember an Amerika nachgibt. Der sozialistische Parteiführer Leon Blum legt in seinem Leitartikel im „Boulevard“ die Schwierigkeiten der Schuldentafel auseinander. Er stellt zunächst fest, daß Gerriot selbst im Dezember die Zahlung an Amerika nur als letzte Geschäftsbearbeitung bezeichnet habe. Also auch Gerriot selbst am 15. Juni nicht mehr weitergeben. Was habe es unter diesen Umständen für einen politischen und moralischen Zweck, fragt Leon Blum, die Dezemberrate nachzugeben, wenn man zwei Monate später die Juniante wieder verweigere und sich dabei in zwei Monaten wieder in genau der gleichen Lage befinden werde wie heute? Wenn schließlich die Nachzahlung der Dezemberrate die vollständige Zahlungsstimmung herzustellen könnte, dann würde die Verweigerung der Juniante eine doppelt schwere Bestimmung gegen das „rückfällige“ Frankreich auslösen. Leon Blum gibt

dabei klar zu verstehen, daß das Parlament die Nachzahlung der Dezemberrate einfach nicht genehmigen werde. Die Nachstrenge hat schon offen den „Brennsteinkrieg“ gegen Gerriot eröffnet, und die „Action Française“ geht schon soweit, den Blick des Himmels und den Sturm des Meeres gegen die „Ile de France“ herbeizumünzen, damit Gerriot eher ertrinke, als in Washington die Zahlung verweigere.

Zugleich sind in Paris die internen Regierungsberatungen fortgesetzt worden. Der amerikanische Delegierte Norman Davis hat eine Reihe von Vorschlägen mit Pariser Finanzgrößen erbracht. Dabaiher hat gelten aber einen anderen intimenten Freund des Reiches, den „Brennsteinkrieg“ empfangen, den Verfallenden des ausgenutzten Kommissars James MacDonald, der gemeinsam mit dem Premier Stanley MacDonald nach Amerika fahren wird.

Papens Besuch in Rom

Im der Presse finden sich Nachrichten, daß Bischofen von Papen in Rom mit Mussolini über den Biererpat verhandeln, man will sogar wissen, daß diese Verhandlungen „glücklich fortgeschritten“. Auneres Wissens finden teilsweise beratende Verhandlungen statt. Im Rom ist gerade jetzt das französische Memorandum überreicht worden, englische Meinungen zum Biererpat liegen schon seit einiger Zeit vor.

Im Deutschland ist weder das eine noch das andere Schriftstück von Paris oder von London aus mitgeteilt worden, was ja auch keineswegs zu erwarten war oder auch nur üblich gewesen wäre. Wie die Verhandlungen weiter gehen, steht nicht fest. Sicherlich aber liegt es nun bei Mussolini, zu entscheiden, wie er weiter operieren will und es auch zu befrachten. Wie die Ausrede durch die beiden diplomatischen Berater Verhandlungen statt. In diesem Falle werden die künftigen Mittelungen abzumachen, die Mussolini dem deutschen Botschafter in Rom machen könnte und die dann wohl zunächst informativster Art sein müßten.

Das Korruptionsdezernat an der Arbeit

Eine Liste von 22 Fällen

Fremdenverkehr im neuen Staat

Propaganda und Geldmittel

Vor Fremdenverkehrsstellen und Reisejournalisten, die sich seit Anfang der letzten Woche in den Auslande über die künftigen Probleme der Touristen stellen, sprach Dienstag abends Staatssekretär Dr. König von Reichsverkehrsministerium über die Neuerung im Fremdenverkehr, über den Umbau des Hauptauswärtigen und über ein dicht vor der Veröffentlichung stehendes Gesetz, das den Gemeinden, Organisationen und dem Hauptauswärtigen für den Fremdenverkehr endlich Mittel in die Hand geben will, damit sie ihre Aufgaben, unter Anleitung, Aufsicht und Förderung durch den Staat, in Zukunft leichter und mit schnelleren Ergebnissen lösen können. Unter Einzelheiten der der Statistiken des Reichsverkehrsministeriums unter fester Bezeichnung des Allgemeinen Deutschen Reiseverbandes entstanden Neuerung der Dinge werden wir in der nächsten Beilage berichten.

Nach dem Staatssekretär sprach Reichsminister a. D. Hamm, der den alten Hauptauswärtigen leitete und mit Eiderheit im neuen Hauptauswärtigen (dem Reichsverkehrsminister vorkommen wird) wieder mitarbeiten wird, Staatsverantwortung für die Unternehmung, die die hingebende Arbeit der bislang ohne eigene Mittel wirkenden Einrichtungen in den Reisebüros gelandet hat. Unter den Zuständigkeiten des Reichsverkehrsministeriums a. D. Dr. Vogt, Reichsverkehrsminister a. D. Dr. Rohne, aus dem Propaganda- und Informationsministerium Dr. Mahjo, aus dem Reichsverkehrsministerium den Referenten für Fremdenverkehr, Ministerialrat Dr. Aou und den Leiter der Presseabteilung Dr. B. G. v. B. d. l.

Wieder Ausschreitungen in Kattowitz

Während im allgemeinen der Aufbruch der polnischen Regierung zur Behebung der deutsch-polnischen Unruhen im Lande befohlen worden ist, kam es in Kattowitz bei einer Versammlung des polnischen Akademiker-Verbandes noch zu Ausschreitungen gegen Angehörige der deutschen Minderheit. Versuche der aufgehenden Menge, gegen das deutsche Generalkonsulat vorzudringen, wurden durch ein großes Polizeiaufgebot verhindert. Die anti-deutsche Aktion wird jetzt in der Hauptstadt auf den systematischen Vorkauf deutscher Waren geteilt, eine Parole, die offiziell gebilligt und gefördert wird. Die folgenden Versuche der jüdischen Minderheit in Polen helfen heute fest, daß die neue Gruppe an den deutsch-polnischen Unruhen nicht beteiligt hätte und es daher auch gar nicht eines besonderen Regierungsappells zur Ruhe bedürfte.

Konsul Schwarz beantragt

Der deutsche Konsul in New York Schwarz ist zum Auswärtigen Amt beantragt worden. Schwarz, dessen verdienstvoller Tätigkeit im Dienst der deutsch-amerikanischen Freundschaftsbeziehungen die New-Yorker Presse warme Anerkennung widmet, will sich in New York ein neues Tätigkeitsfeld schaffen.

den Verhandlungen, die wegen der abgelaufenen Befristung des Zitates, wegen der rückfälligen Ausbeutung seiner amtlichen oder wirtschaftlichen Überlegenheit die eingehende Empörung des Volkes erregt haben oder erregen müßten.

Das Referat zur Bekämpfung der Korruption im preußischen Justizministerium hat bisher eine Liste von 22 Fällen aufgestellt, die unter dem Gesichtspunkt der Korruption nachgeprüft werden sollen. Es sei folgendes daraus zitiert:

Der erste Fall betrifft den Präsidenten der Handelskammer in Köln, Stadterordneten Welter, den Syndikus bei der Kölner Handelskammer Dr. Engel und den Reichsausschusspräsidenten Thomas Klier, der das Amt eines ersten Vorkämpfers im Aufschuß der Wirtschaftsstelle und eines Direktors der Reichsanstalt in Gießen innehat. Die Beamten taufen auf Untraste Kreditbills, zum Teil ohne Unterlagen, zum Teil ohne Eiderheit und gegen ungebotene Wechsel. Es wird ferner nach dem Verbleib eines Kontos „zur freien Verfügung“ in Höhe von 3000 Mark geprüft, über das Freier zu disponieren hatte.

Oegen den Generalrat Rüd und den Berliner Anwalt Gomb, den Generaldirektor Alberti von der Reichs-Exploitations-Gesellschaft, sind fünf weitere Personen mit der Vorwurf der Steuerhinterziehung, des Betrugs, der Verletzung und des Verweigerens gehoben. Es soll sich um den unregelmäßigen Verkauf von amerikanischen Bogen handeln. Auch die Rotterdamer stehen auf der Liste.

Dem Direktor des Schiller-Theaters in Altona, Max Ellen, dem Senator in Altona Kirch und dem früheren Altonaer Oberbürgermeister Brauer wird Verletzung vorgeworfen, die im Zusammenhang mit der Bewilligung von Theaterzuschüssen begangen worden sein soll.

Oegen den früheren Kölner Oberbürgermeister Dr. Benaer wird der Verdacht eines Betrugsvergehens nachgeprüft. Es soll sich dabei um ein 10-Millionen-Geschäft mit der Preussische Bank handeln. Bekannt sind ferner die Fälle der Behal-Direktion und des General-Konfessionsdirektors von Sippel, gegen den Ermittlungen wegen des Betrugs der Unterte, des Meineids und des Betrugs gehoben. Es sei, so hört man, Kreditbills ohne genügende Eiderheit erfolgt, die den Statuten der Tochtergesellschaft der Bankbills wiederprüf. Trotzdem sei beider worden, daß die Ostbaltische Ratenteinrich erfolgt sei.

Auch gegen den früheren preussischen Finanzminister Kappeler sowie Bankdirektor Schmidt und Schmidt und den Schriftführer Wertheb wird der Vorwurf der Unterte, des Betrugs und Kontraventionen erhoben.

Die Liste enthält überdies noch einige Fälle, die zum Teil die Eiderliche Seite befähigt haben. Es handelt sich dabei unter anderem um Steuerhinterziehungen und ähnliche Vergehen. Zu der Unterredung gegen die D. P. r. e. u. s. s. i. s. c. h. a. n. d. i. s. t. i. c. h. e. n. g. e. n. d. e. r. J. u. s. t. i. z. i. a. l. m. i. n. i. s. t. e. r. i. u. m. gegen den General-Konfessionsdirektor von Sippel und Oenenen hat das Amtsbüro der Königsberg nach Wilsberg der verantwortlichen Verantwortung des General-Konfessionsdirektors Sippeler gegen diesen Verstoß wegen dingenden Betrugs des fortgesetzten Meineids und der fortgesetzten Unterte erhoben.

Die Durchführung

Der Kommissar des Reiches für das preussische Justizministerium hat Bestätigung und Ausführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Korruption angeordnet:

„I. Zu den Korruptionsfällen im Sinne des Gesetzes vom 4. April 1933 gehören alle völls- und staatsdienlichen“

den Verhandlungen, die wegen der abgelaufenen Befristung des Zitates, wegen der rückfälligen Ausbeutung seiner amtlichen oder wirtschaftlichen Überlegenheit die eingehende Empörung des Volkes erregt haben oder erregen müßten.

2. Mit der Bearbeitung der Korruptionsfällen im Justizministerium habe ich vorzüglich Kandidatensachverhalte eigene beauftragt. Bei den Staatsanwaltschaften sind solche Fälle auszuwählen, die sich in dem Reichs-Justizministerium bereits festgestellt haben und als zuverlässige Anhänger der nationalen Regierung bekannt sind.

3. Über die bereits anhängigen unter Nr. 1 fallenden Korruptionsfällen erlaube ich, umgeben zu berichten und die Berichte laufend zu ergänzen. Soweit bereits Berichte hierher eingereicht sind, erlaube ich um umgehende Mitteilung, wann, wo, nach, welchen Umständen sie eingereicht sind.“

Der 1. Mai im Mundfunk

Das Mundfunkprogramm am 1. Mai steht vollkommen im Zeichen des Tages der nationalen Arbeit. Die Sendungen beginnen bereits in der Nacht um 30. April um 1. Mai, in der eine Malpurgis-Fest der deutschen Sitter-Jugend vom Bergentanzplatz gefeiert werden wird, bei der der Reichsjugendführer Valdur von Schirach eine Rede halten wird. Von 10 bis 10.50 Uhr wird eine Gattelerstunde aus verschiedenen Teilen des Reichs zum Thema der Arbeit stattfinden. Voraussetzungen werden einzelne Arbeiter sprechen: ein Bergmann aus dem Ahrten, ein Zementarbeiter aus dem Salzgebiet, ein Bauer aus der deutschen Ostmark usw.

Um 11 Uhr findet dann die Übertragung der großen Kundgebung im Zigarrenhau. 13.30-14.30 werden Arbeiter-Feier der G.M. und Instrumentalmusik gefeiert werden. Um 14.30 bis 15 Uhr folgt ein Vortrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Schumann, des Betriebszellenleiters der R.D.D.M.P., über das Thema: „Der 1. Mai, wie er war und wie er wird.“ Von 15 bis 15.45 Uhr wird Arbeiterliteratur gefeiert. Arbeiterlieder sollen selbst. 16 bis 16.45 Musik (Symphonie der Arbeit), 16.45 bis 17.30 Uhr eine satirische Hörfolge von Dr. P. H. M. An ihren Tagen soll sie erkennen.“ Dann folgt Musik aus dem Funkhaus.

18.00-18.20 wird der Empfang der Arbeiter-Abteilungen in Reichsapparativen übertragen werden. Dann folgt ein Hörfpiel: „Denmal der Arbeit.“ Um 20.00 Uhr wird die Feier auf dem Tempelhofer Feld übertragen. 21.30 Uhr die 21.40 Reportage des Feuerwerks. 22.00 Uhr Tagesnachrichten und anschließende Musik.

Kirchenführer in Berlin

Auf Einladung des evangelischen Oberkirchenrates traten die Generalinspektoren und Konfirmandenpräsidenten der evangelischen Kirche in Berlin zu einer Beratung über die geltend gemachten Lage zusammen. Die Führer der Kirchenorganisationen hatten sich einmütig hinter die vom Präsidium Dr. R. v. e. r. t. e. l. l. e. n. g. e. n. d. e. r. A. r. b. e. i. t. e. r. eine einzusetzen, die einen weiteren Weiterführung der zur Lösung stehenden Fragen dienen.

Wie wir es sehen

Der Fall Oberjohren

Dass die Vorgänge, die zum Rücktritt Dr. Oberjohrens vom Vorsitz der deutschnationalen Fraktion führten, nach nicht reflexhaft aufgeführt sind, geht aus der Mitteilung hervor, die Partei wie alles Notwendige, um volles Licht über die Angelegenheit zu verbreiten. Nach den Mitteilungen Dr. Sugenbergs in der Fraktion ergibt sich zunächst das folgende Bild: Bei einer Hausausladung bei der Sekretärin Oberjohrens wurden anonyme Rundschreiben entdeckt, deren Verfasser nicht eideschwörender Aussage der Sekretärin Oberjohrens selber nach Maßgebungen Sugenbergs erklärt, daß in der betreffenden Hausausladung eine Bestätigung der Aussage seiner Sekretärin gesehen werden mußte — eine Erklärung, die Sugenberg wohl nicht ohne gute Gründe ablehnen würde —, ist an der Autorität Oberjohrens nicht zu zweifeln. Es ist nicht einmal erst zu einer mündlichen Auseinandersetzung zwischen Partei- und Fraktionsvorsitzenden gekommen. Der Inhalt der Rundschreiben ist der Fraktion, oder nicht der Öffentlichkeit bekannt worden. Was Sugenberg wurde, daß sie sich gegen Dr. Sugenberg richteten. Offenbar mußten aber die intransigierten Schriftsteller sehr schwerwiegendes Art gewesen sein, wenn sie so weittragende Befreiungen ausüben konnten. Man weiß auch nichts über die Gründe, die zur Hausausladung bei der Sekretärin Dr. Oberjohrens, wie bei ihm selber führten. Man kann nur schließen, daß diese in der politischen Einstellung Dr. Oberjohrens gesucht werden müssen, vielleicht sogar in den Rundschreiben selber, die bereits zum Ausdruck gebracht worden waren. Dr. Sugenberg erklärt, er hätte die bei dem Vorsitzenden der deutschnationalen Reichsorganisation ohne sein oder seiner Ministerien Wissen durchgeführt Hausausladung unter seinen Umständen bedenken können. Nachdem aber Dr. Oberjohrens sein Mandat niedergelegt und damit seine Autorität bekennt habe, sei es ihm innerlich unmöglich gewesen, weitere Schritte zu unternehmen. Ihm dem Worte „innerlich“ liegt offenbar ein Widerspruch. Der Parteivorsitzende konnte das Verhalten des Fraktionsvorsitzenden in wenig billigen, daß er von der Verfolgung einer Angelegenheit abstehe, die ihm als solche keine Intervention notwendig zu machen schien. Wenn noch etwas der Aufklärung bedarf, so ist es offenbar das, welche materielle Differenz zwischen der Politik der beiden deutschnationalen Führer bestand.

Die Durchführung des Beamtengesetzes

Erste Verordnung mit Ausführungsbestimmungen

Das Reichsgeblätt bringt die vom Reichsinnenminister und vom Reichsjustizminister unterzeichnete Erste Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtenstandes vom 7. April. Danach sind alle die Beamten zu entlassen, die der Kommunistischen Partei oder Siffs- oder Erlösorganisationen angehören. Beamte, die nicht bereits am 1. August 1914 Beamte gewesen sind, haben unter Vorlegung von Urkunden nachzuweisen, daß sie arbeitsfähig, Blutmischung oder Frömmigkeit oder Sohn oder Vater eines im Weltreiche Gebliebenen sind. Bei Zurückfallen der arbeitsfähigen Blutmischung ist im Urkunden des beim Reichsjustizministerium bestellte Geschworenen für die Reichsjustiz einzuholen. Als nichtarbeitsfähig gilt, wer von nichtarbeitsfähigen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt, wobei es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großeltern teil nichtarbeitsfähig ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großeltern teil der jüdischen Religion angehört hat.

Bei der Prüfung der politischen Betätigung ist alles, insbesondere die Zeit seit dem 9. November 1918, in Betracht zu ziehen. Jeder Beamte ist verpflichtet, auf Verlangen darüber Auskunft zu geben, welchen politischen Parteien er bisher angehört hat, wobei auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, der Republikanische Arbeiterbund und die Liga für Menschenrechte politischen Parteien gleichgesetzt werden.

*

Auf einem Empfangsabende im Justizministerium erklärte Reichsstaatsminister Reetz, das Reichsgeblätt über die Anwaltsbills dürfte nicht etwa so ausgelegt werden, daß man die Anwaltsbills der jüdischen Anwälte in dem Deutschen künfte. In einem solchen Falle wäre auch mit entsprechenden resolutionen Widerspruch des Hofes zu rechnen gewesen.

Zusammenschluß aller Lehrerorganisationen

Die Grenzmarkttagung im Osten

Bei der Grenzmarkttagung des Preussischen Lehrervereins in Schneidemühl hat der Gesamtverband die Erklärung abgegeben, daß der Verein sich ganz in den Dienst der nationalen Erziehung stellen wolle. Schon vor der Wahl am 5. März habe der Verein durch eine Neubesetzung seiner Leitung dem Geiste der neuen Zeit Rechnung getragen. Das Ziel ist die Schaffung einer einheitlichen deutschen Erziehungsorganisation auf der Grundlage echten Christentums; einer demütig nationalen Erziehung und der Bildung wahrer Volksgemeinschaften soll die höchste Arbeit gelten. Eine Gesamtschule für alle Vorkinder mit dem Deutschen Lehrerverein den organisatorischen Zusammenschluß aller deutschen Erziehungsorganisationen vorbereiten und dann auf einer Vertreterversammlung in Magdeburg am Pfingstfest zum Abschluß bringen.

Die Tagung selbst galt den Lebensfragen der deutschen Ostmark. Rektor Wallula (Königsberg) wies darauf hin, daß die Volksschule das Rückgrat der nationalen Selbstbehauptung darstelle. Leider gebe es aber im Osten vorwiegend einstufige Schulen und überflüssige Klassen. Überall mache sich der Mangel an Lehrern und Vermitteln bemerkbar.

Wallula zeigte den Ernst der Lage an Hand statistischer Aufstellungen. An der Ostgrenze gibt es 60 Minderheitschulen mit 1740 Kindern und 78 Lehrern, von denen nur drei die Gesamtanfrage für die Minderheiten erfüllen können. Die Deutsch-Ostpreußen ist der Wunsch der polnischen Minderheitschulen von 1288 auf 344 und die Teilnahme am polnischen Sprachunterricht von 3373 auf 153 Kinder zurückgegangen, ein Zeichen der steigenden Wertebefreiung deutscher Kultur. Wie fürchten die polnische Minderheitschulen nicht, aber es ist noch nötig, daß der Staat da eingreift, wo sie zum politischen Agitationszweck, zur „Schmähung des Völkertums“ wird. Niemals und nirgendwo darf eine Selbstbehauptung des Preussentums gegenüber dem Ausland eintreten. Polen haben unendlich schädlich das Deutschtum. Am Bezirk Thorn wurden Ende 1909 etwa 66 Proz. aller deutschen Volksschüler polnische Schulen begeben. Polen wolle bei einer Revision der Grenze nachweisen können, daß es dort kein nennenswertes Deutschtum gibt. Um das Deutschtum im Osten zu stärken, muß die Volksschule des Ostens Staatschule werden, da die Gemeinden sie nicht unterhalten können. Zum Osten muß die einstufige Schule ausgebaut werden. Eine weitgreifende Pflege der vorpflichtigen und schulentlassenen Jugend ist notwendig.

Die Doppelverdienerin

Zur Frage des etwaigen Abbaus einer verheirateten Doppelverdienerin Arbeitsnehmerin hat das Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M. eine Entscheidung getroffen, in der es heißt:

„Es ist richtig, daß eine verheiratete Frau, deren Unterhaltsansprüche in erster Linie von dem Ehemann zu erfüllen sind, in jedem Falle die wirtschaftlichen Aufgaben des Arbeitnehmers, die zur Erhaltung ihres Lebens auf eigener Hände Arbeit angewiesen sind. Dies bedeutet, daß, wenn infolge der Verhältnisse des Betriebes in einem Unternehmen ein Abbau von Arbeitnehmern geschritten werden muß, die Arbeitnehmerinnen, deren Ehemann sich in leitender geistlicher Erwerbstätigkeit befindet, aber abzubauen ist als die, die einen derartigen Haushalt nicht haben. Oder aber, daß der Abbau einer verheirateten Arbeitnehmerin sich erst dann ergibt, wenn es auch bei festiger Unterhaltsansprüche an arbeitsfähigen Arbeitnehmerinnen in den Betrieb herangezogen werden kann. Es bedeutet aber, wie mit aller Schärfe betont

Sofortige Neuwahlen bei den Anwaltskammern

Anordnung des Preussischen Justizministeriums

Der Reichsminister für das Preussische Justizministerium, Reetz, hat eine Reihe grundlegender Maßnahmen beschlossen: In Stelle der bisherigen kommissarischen Vorstände der Anwaltskammern in Preußen für die Amtsperiode 1918/19 zu wählen. Die Wahlen finden in öffentlichen Kammerversammlungen am 22. April 1918 statt. In Abweichung von etwa entgegenstehenden Bestimmungen soll beschlossen werden, daß die Neuwahlen vom Vorstand der Anwaltskammern ohne Aussprache in einem Wahlgang durch Jurem mit absoluter Stimmenmehrheit erfolgen. „Es erhebt sich zweifelhaft“, so heißt es in dem Erlaß des Reichsministers, „daß die Kommissionen (der Anwaltskammern) im Einvernehmen mit dem Gauverwaltungsleiter der A. S. M. V. über den Vorsitzenden der Gruppe des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen ihre Vorschlagsliste aufstellen.“

Wiedererrichtung von Amtsgerichten

In einem weiteren Erlaß werden die Oberlandesgerichtspräsidenten in Celle und Kassel aufgefordert, unverzüglich nachzuprüfen, ob die auf Grund der Erprobung vom 30. Juli 1912 erfolgte Aufhebung von 69 Amtsgerichten mit den Bedürfnissen der Justiz und der Rechtshandlung Bevölkerung vereinbar ist. Wird diese Frage verneint, so ist das aufgehobene Amtsgericht oder eine Ersatzstelle mit einem Rechtsanwalt gerne einzurichten.

Ein noch nicht, daß der Abbau verheirateter Frauen zum Selbstausbau werden darf und der Arbeitsgeber das durch einen derartigen Abbau erzielte Gehalt sich selbst zugute kommen lassen darf, da ein derartiges Verhalten die allgemeine Arbeitsmarktfrage nicht nur nicht erleichtert, sondern auch die Gefahr ihrer Erschwerung in sich trägt, insbesondere auch jeglichen ethischen Kerns ermannele.“

15 Jahre Zuchthaus gegen Viehdiebstahl beantragt

In dem Vorprozeß gegen den Rentenernter Hermann Viehbusch vor dem Schwurgericht des Landgerichts I beantragte Staatsanwaltschaft Dr. Richter gegen den Angeklagten, den er des Viehdiebstahls in Tateinheit mit schwerem Raub und des fortgesetzten Eigentumsverbrechens für überführt anhat, eine Gesamtstrafe von fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

In seinem ausführlichen Plädoyer legte sich der Staatsanwalt mit den Indizien, die für und gegen die Täterhaft des Angeklagten sprechen, eingehend auseinander. Er kam zu dem Ergebnis, daß innerlich der Person des angeklagten Lebenszeit der Frau Viehbusch nur der Angeklagte als Täter in Verbindung gezogen werden könne. Der einzige Mensch, der ein Interesse an der Tötung der Frau haben konnte, wäre der Angeklagte gewesen. Wegen die Annahme eines wohlüberlegten Vorhabens spreche auch die Art, wie Frau Viehbusch ums Leben gebracht wurde. Auch die Aufstellungen seines Verteidigers, der den Indizienbeweis der Anklage als nicht erbracht anhat und Freisprechung des Angeklagten beantragt, erhebt der Angeklagte das letzte Wort. Er beteuerte weinend seine Unschuld und erklärte, er wolle sich hinnehmen lassen, damit das Gericht dann aus seiner Aussage entnehmen könne, daß er wirklich nicht der Täter sei. Der Angeklagte beantragte in aller Form, ihn in Synopse zu versehen, außerdem aber auch die Zeugnisse Grete S., die Richter der Ermordeten, und Frau Glöck, seine Witwenhelferin, in Synopse zu vernehmen, zum der Wahrheit auf den Grund zu kommen. Das Gericht lehnte nach kurzer Beratung den Antrag des Angeklagten als unzulässig und ungemäßig ab.

Neue Uniformfarbe für die Polizei

Im Preussischen Innenministerium besteht die Absicht, für die Uniform der Polizeiberechtigten eine andere Uniformfarbe einzuführen. Es werden jetzt Versuche stattfinden, nach deren Abschluß im Herbst 1913 die Entscheidung fallen wird. Neuerunterschieden Polizeifahrer wird empfohlen, Beschaffungen an blauen Uniformen zu machen, um in möglichster Uniformität die verschiedenen funktionellen Befehle an blauen und schwarzen Tönen müssen aufgebracht werden. Die Aufträge für die Landjäger und Gemeindepolizei wird nicht geändert.

*

Außerdem wurde jetzt vom Preussischen Innenministerium ein Erlaß herausgegeben, in dem mit Wirkung vom 20. April 1918 die Uniformen für Volkspolizei, Landjäger und Gemeindepolizei die verschiedenen Änderungen eingeleitet werden. Es sollen an a. familiäre Beamten statt der Schirmmütze eine einheitliche Mütze in Klappform tragen. Die schärfelnde der verschiedenen Beamten erhalten andere Streifen und für die dienstlichen und außerdienstlichen Zeiten sind ebenfalls besondere neue Vorschriften zu beschließen.

Vom Reichsgericht

Reichsgerichtsrat Dr. Broßmann hat wegen einer Erkrankung, die ihn schon vor drei Monaten nützte Urlaub zu nehmen, sich in den Ruhestand beurlauben lassen.

Deutschlands Vertretung beim Genfer Arbeitsamt

Die Vertretung der Reichsregierung beim Internationalen Arbeitsamt in Genf ist neu geregelt worden. Vertreter der Regierung sind als erster Vertreter der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium Dr. Arzob und als dessen Stellvertreter der Ministerialdirektor im gleichen Ministerium Engel. Weiter soll die Vertretung beim Ministerialdirektor Sailer und dem inzwischen ausgeschiedenen Ministerialdirektor Beigert.

Der deutsche Arbeitsministererretter im Verwaltungsamt des I. A. M. ist in Lebenskontakt mit dem Internationalen Oberverwaltungsamt von H. D. O. H. gestellt wird, ist als Ratgeber von dem vor kurzem verstorbenen Müller-Sigbert das Bundesvorstandsmagistat des I. A. D. O. H. Lenigshner. Falls das Vertretungsamt der nach dem Internationalen Arbeitsamt von Venedig nicht ausbleiben wird, soll dieser Sitz an den Arbeitsministererretter eines anderen Staates, und zwar an Polen. Wer die besondere Konvention des I. A. M. als Unterabteilung des Völkerbundes kennt, weiß, daß es sehr schwer sein wird, wenn Polen diesen Sitz einmal befristet, ihn wieder für einen deutschen Vertreter zurückzuerhalten.

Landkreisvertreter beim Reichsinnenminister

Reichsminister Dr. Fried empfangen den Vorsitzenden des Bundeskongresses, Reichsinnenminister a. D. von Reudell, und den Vorsitzenden Dr. von Cempel. Besprochen wurde die Stellung der Landkreise im Zuge der Reichs- und Verwaltungsreform.

Internationaler Gewerkschaftsbund in Paris

Eine in Paris stattfindende Delegiertenkonferenz des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat beschlossen, den Sitz des Gewerkschaftsbundes von Berlin nach Paris zu verlegen.

Neuer Ausschuss der Pressekonferenz

Der Ausschuss der Pressekonferenz ist neu gewählt worden. Er besteht jetzt aus fünf Nationalsozialisten und aus fünf Sozialisten, die dem Ausschuss bereits vorher angehört. Zum ersten Vorsitzenden der Pressekonferenz wurde der bisherige Vorsitzende (L. B. Reich) wiedergewählt, zum zweiten Vorsitzenden Major a. D. Weichert (L. B. Reich), zum Schriftführer Looff (Magdeburg, Sig.).

„Lautendoffs Volksworte“ verboten

Der bayerische Staatsminister Geller hat die Zeitung „Lautendoffs Volksworte“ für einen Monat verboten.

Regierungspräsident Zacharil beurlaubt

Der Regierungspräsident in Magdeburg, Gscharia, ist beurlaubt worden.

Rücktritt des Wuppertaler Polizeipräsidenten

Polizeipräsident Dr. Guemondt in Wuppertal hat aus Gesundheitsrücksichten seine Veretzung in den endgültigen Ruhestand beantragt.

Die Reform der Vergleichsordnung

Auf Veranlassung des Reichsjustizministeriums erhebt in diesen Tagen im Bundesrat der gemeinliche Deutsche Reichsgerichtliche Entwurf einer neuen Vergleichsordnung nach Umfang und Begründung. Die Berücksichtigung soll allen Beteiligten Geltung geben, sich in den Reformvorschlüssen des Entwurfs zu äußern.

SPORT / SPIEL UND TURNEN

Zu Lewalds Abschied

Heute Tagung des D.R.A. für Leichtathletikübungen

Wie wir bereits gestern gemeldet haben, legt Theodor Lewald, Obstatsekretär a. D., Bittsteller Geheimer Rat, Ehrensenator und Dr. h. c. den Vorfall im Deutschen Reichs-Ausschuß für Leichtathletik nieder, während er den Vorfall im vorbereitenden Ausschuß für die Olympischen Spiele 1936 beibehält.

Dr. Lewald hat dem Deutschen Sport in schwerer Zeit außerordentliche Dienste geleistet. Er ist in seiner selbstgekauften Aufgabe ausgefallen. Seine Kunst der Aufgabenerfüllung, seine zielgenauen Verfügungen im Inn- und Auslande, sowie seine Ehrenamtstätigkeit und seine unerschütterliche Redebegabung ließen ihn nicht für unseinen Sport erreichen. Wenn Theodor Lewald heute von dem Amt des Vorsitzenden im D.R.A. scheidet, darf er trotz seiner 73 Jahre von sich behaupten, daß er selbst für seinen Sport wertvoll, immer noch jung wirkt, lebendig, lebensfreudig, arbeitsfähig ist. Er hat viel geleistet und auch viele Erfahrungen erreicht, zuletzt verlieh ihm Reichspräsident von Hindenburg, anlässlich des 70. Geburtstages Theodor Lewalds die höchste Auszeichnung der Republik, den Adlerschild.

Theodor Lewald wurde am 18. August 1860 in Berlin geboren, als Sohn des Intendanten Otto Lewald und Frau Hilobert geb. Althaus. Nach Absolvierung des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums studierte er während eines Semesters Medizin, stellte dann aber um und wurde Jurist. Nach Etadium in Berlin, Leipzig und Heidelberg befand er 1882 das Referendariat-Gamien. 1881 wurde er zum Richter am Oberlandesgericht in Berlin ernannt. Von 1891 bis 1921 — ununterbrochen angestellt. Seit 1917 als Unterstatsekretär und von 1919 ab als Statsekretär mit dem Titel Geheimes. Während dieser Zeit hat Lewald oft als Deutscher Geist im Auslande vertreten, so bei den großen internationalen Ausstellungen von Chicago 1893, Paris 1904, Brüssel 1910, Brüssel 1913, Brüssel 1921 und 1925 Leiter der deutsch-polnischen Bandenversorgungs-Behandlungen.

Daneben betrieb Dr. Lewald noch eine Reihe anderer Aemter. 1919 wurde er Präsident des Deutschen Reichsausschusses für Leichtathletik und des Deutschen Olympischen Ausschusses sowie erster Vorsitzender der historischen Kommission für das Reichsarchiv, 1920 erster Vorsitzender der Reichs-türkischen Vereinigung und der Alexander-von-Sumbold-Stiftung. Dr. Lewald gehört ferner dem Internationalen Olympischen Komitee an, das ihn 1927 in den Ausschuss-Ausschuß für die Olympischen Spiele ernannte. Dr. Lewald 1904 zum Doktor of Law, außerdem ist er Ehren doktor der Universität Bonn seit 1924. Die Universität Heidelberg hat ihn 1930 zum Ehrensenator ernannt und verlieh ihm die Würde eines Dr. med. h. c.

Lewalds Wirken ist es wohl in erster Linie zuzuschreiben, daß das internationale Olympische Komitee, das jede vier Jahre ein Stadt der Welt mit der Durchführung der Olympischen Spiele betraut, für 1936 Berlin zum Standort dieses Weltfestes wählte.

Tib zieht zur Hasenheide

Eine mustergültige Sportanlage geplant

Der älteste Berliner Turnverein, die Turngemeinde in Berlin von 1848, gehört auch zu den wirkföhligsten. Seine bisherigen Liebesgaben in Baumfällarbeiten und Gießtamp streben ihm nicht mehr zur Verfügung, und so hat er sich auf der Suche nach einem neuen, passenden Gelände in der Hasenheide, direkt neben der ehemaligen Ritt-Platz-Arena ein 75 000 qm umfassendes Gebiet gesichert, das ebenso günstig gelegen wie hervorragend geeignet ist.

In den nächsten Tagen soll bereits ein Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes eingeleitet werden, dessen Aufgabe vor allem die Planung der bürgerlichen Fläche ist. Die Hauptplanfläche über 150 m mit 68 Metern ist eine 400-Meter-Haasenhöhe und Teisbinnen mit 10 000 qm Fläche erhalten. Neben werden jedoch der Spielplatz für Handball und zwei Fußballplätze angelegt. Dann die 48 Abteilungen des Vereins erfordern einen tiefen Spielbereich. Nach Tennisplätze, ein 50mal-20-Meter-Schwimmbecken, Gießtamp für Kleinfußball und ein Rasen mit Sportplatz veranschauligen die Anlage, die man bereits im Oktober fertig einrichten gedenkt.

Nuvolari auf der Avus

Keine Absage des Großen Preises des A.V.D.

Die Rettung des „Großen Preises von Deutschland“, der am 1. Oktober auf der Avus stattfinden wird, hat an manchen Stellen die irdige Meinung erregt, als ließe die größte internationale Veranstaltung des Jahres überhaupt abgeragt werden. Der A.V.D. bittet uns, festzuhalten, daß dies nicht der Fall ist.

Durch die zeitliche Verschiebung wurde auch die Strecke bedingt, da die betrieblichen Witterungsverhältnisse im Gebirge für einen solchen Wettbewerb ungünstig sind. Der Große Preis des Jahres 1934 ist wiederum für den Sommer auf dem Nürburgring vorgesehen.

Nuvolari, der Sieger der „1000 Meilen von Brescia“ und des „Großen Preises von Deutschland“, der erfolgreichste Rennfahrer des vergangenen Jahres, hat jetzt seine Rennwagen zum 3. Inter-

nationalen Motor-Aussensamen, das am 21. Mai in Berlin zum Ausstieg kommt, abgegeben. Nuvolari startete auf der Avus mit seinem Achtzylinder Alfa-Romeo mit Kompressor von 2600 cm³ Zylinderinhalt.

Minerva wird 40 Jahre

Berliner internationales Fußballturnier

Die Offerte bringen ein mageres Fußballprogramm, das das für anspruchsvolle Verfechter enthält. Am Freitag geht es gemäß der beherrschenden Anweisung nur einige örtliche Wettbewerbsispiele. Sonnabend geht es dann auf den Herbst-B.S.E.-Platz das zweite Fußballturnier zwischen Victoria 80 und dem Berliner Sport-Bezirke 92 im Stadion der Schiffbauart und den Verbandsspielfeldern. Tennis-Berufsaft hat sein mit dem 1. F. V. B. vereinbartes Turnier abgelehnt, weil sie gegen die Konturen nicht aufkommen zu können glaubte. Diese Pflicht ist im Hinblick auf die 2000 Mark Unkosten, die die Berliner vereinfachen, nicht ganz vernünftig. Diese Summe wäre doch auf dem Breitenplatz sehr wohl einzuheben gewesen. Warum verläßt man nicht eine Kombination?

Die beiden Offerte bringen dann das Minerva-Jubiläum. Neben dem Jubilar und Berlin-B.S.E., als Vertreter Berlins, sind das Dayer eines hiesigen Eingangs geworden. Es sind B.S.E.-Mien und Fernerzport-Bubupst. Am Donnerstag

Geheimnisvolles Verbrechen an einer Frau

Leichenfund bei Hohenschönhausen

Einen furchtbaren Fund machten heute früh gegen 7 Uhr Arbeiter zwischen den Orten Wartenberg und Hohenschönhausen. Sie fanden dort in einem Gussgehäuse an der Straße die Leiche einer Frau, die als Leiche einer Frau, die zweiwöchentliches Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Mordkommission nahm sofort nach der Benachrichtigung die Ermittlungen auf. Dabei stellte sich heraus, daß die Leiche in der vergangenen Nacht an den Fundort gebracht und verumflicht worden sein muß. In ihren Taschen fand man mehrere Papiere über ihren Namen und ihre Herkunft. Auch mehrere Briefe und Bürgertum wurden an der Leiche nicht festgestellt. Der Befund des Gerichtsarztes ergab schließlich, daß die Frau verumflicht worden ist. Die Leiche wurde in der Nacht gegen 11 Uhr in die Obduktion des Gerichtsarztes gebracht. Die Leiche wurde in der Nacht gegen 11 Uhr in die Obduktion des Gerichtsarztes gebracht. Die Leiche wurde in der Nacht gegen 11 Uhr in die Obduktion des Gerichtsarztes gebracht.

wegen im Post-Bahnhof Minerva und Fernerzport das Turnier eröffnen und im Anschluß hierzu B.S.E. gegen B.S.E. das Rehandeltwerden für die letzte 1:5-Mehrdeutigkeit der Wäner ausgetragen. Am zweiten Tag folgten am Ostbahnhof ein Sieg und Niederlage gegeneinander. Der D.S.F. hat in einem Kampf der beiden ausfallenden Mannschaften gegeneinander nur gegewinnigt, wenn sie auf Grund der Ergebnisse des ersten Spielplatzes zusammenkommen. Gibt es ein Treffen B.S.E. gegen Fernerzport, sollte das ein beständiges Ergebnis sein. Am Donnerstag folgten die erste alle alle überziehen, die von schon das Bittern begreifen, die Hiden (3), Sella, Gilar, Gilt, Lafoco, Turan, Garof und Abat. Hoffentlich hält das Turnier, was es verspricht. Es ist eigentlich zu früh in der Saison, als daß die größte nicht einfallen, aber zur schon überführt sein sollten. Man muß daher auf vorzügliche Darbietungen vorbereiten sein, die hoffentlich gute Kampfergebnisse auch ermöglichen werden.

Olliff-Perry geschlagen

Das Tennisturnier in Paddington beendet

Am Schluß des Tennisturniers in London-Paddington, dem eine Rekordzahl von Spielern teilnahm, gab es im Finale des Herren-Doppels eine große Überraschung, da J. E. Olliff und J. J. Perry von Oregan und S. Hilde 6:3, 5:7, 3:6, 3:6 nach vier Sätzen geschlagen wurden. Am Herren-Singels trat in der Schlussrunde S. Hilde 6:3, 6:2 gegen J. E. Olliff 6:4, 6:4. Aus der Endrunde des Damen-Singels ging Fr. J. C. Kildie als glatte Siegerin über Frau King (6:3, 6:2) hervor. Das Damen-Doppel gewonnen Fr. Eelen-Fel. S. und gegen Frau King-Fel. Hilde 6:4, 6:2. Das gemischte Doppel schloß sich ein Perry-Fel. Sellen gegen Gregory-Fel. Hilde (7:7, 3:6, 9:7).

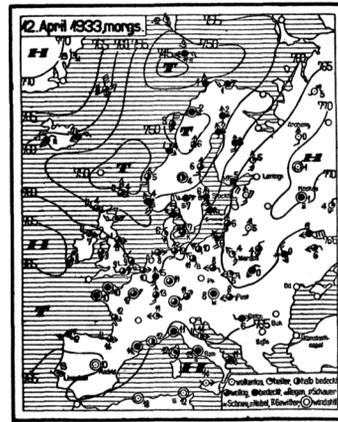
Schließlich kommt Erich Carow selbst in der Großen „Machtvoll“. Ein Meister der Welt ist er, und sein Vertrauen, anmerken und freude Schöpfung von Pantheismus mit dem neuen „Bernnamen“ hat er sich eine neue Welt geschaffen.

Deutschland im Jahre 2000. Im Planetarium hielt Dr. Kurt B. Wulfe einen Lichtbildvortrag über die Weltgestaltung in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten. Alle derartigen futuristischen Vorhersagen sind rein theoretischer Natur, da sie von dem ungewöhnlichen Entwicklungsumfang der den jetzt herrschenden Bedingungen ausgehen. Bedenkenswerte politische oder volkswirtschaftliche Veränderungen und Einschnitte können das nicht günstige Bild der Weltgestaltung maßgebend beeinflussen. Der Beobachter, der augenblicklich für fast alle Völker Europas charakteristisch ist, hat zwar in Deutschland in den letzten Jahren einen ungewöhnlichen Umfang angenommen, aber man darf wohl hoffen, daß bis zum Jahre 2000 eine Wendung in der sozialen Struktur des Volkes eintreten wird, durch die auch voraussichtlich eine Abnahme des Geburtenrückgangs erfolgen dürfte.

Nachwanderung durch die vergessenen Winkel Alt-Berlins. Die nächste Wanderung veranstaltet das Reichsamt für Denkmalpflege am Mittwoch, dem 12. April, unter Leitung des Schriftleiters Georg Hammerger. Zeitpunkt: 20 Uhr im Gärtenhaus, Poststraße 16, Ecke Mühlentempel. Teilnahmegebühr 1 Mark.

Wetterkarte vom 12. April

Öffentliche Wetterstationen Berlin - Nachdruck verboten



Allgemeine Wetterlage

Der Vorlauf warmer Luft ließ am gestrigen Tage die Temperatur in Mitteldeutschland bis auf 18 Grad steigen. Sehr weit nach Osten ist jedoch die warme Luft nicht gekommen. Ihre Energie fällt etwa mit dem Oder-Gebiet zusammen. Im ganzen Polen war es ist es noch recht kühl. Rühler Luft bringt noch Regen mit sich. Die Luft über dem Ostseegebiet ist die Nordsee überfremt und bringt an ihrer Nordostfront Nordwestdeutschland die ersten Regenfälle. Es ist damit zu rechnen, daß die Luft auch ganz Mitteldeutschland überfluten wird. Wir müssen daher Abkühlung erwarten. Das wird die Abkühlung weitgehend gestoppt wie überhaupt in den nächsten Tagen kein befriedigendes Wetter eintreten wird. Auf dem Mittelgebirge haben sich die Schneehede teilweise wenig verändert. Allerdings sind vorherübergend die Temperaturen einige Grade über Null gestiegen.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Kühler und leicht veränderlich mit einzelnen Schauern, weitgehende Winde.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland

Im West- und Mitteldeutschland einzelne Schauer, kühl, im Osten wechselnd bewölkt und weitesthin kühl, Stiefregen.

Schrift und Buchgestaltung

Am Schluß des Jahres 1932 stellen sich am 17. Mai zum Entwurf ihre Arbeiten aus. Villy und Helene Hummel (Berlin-Gesellschaft) ergänzen sich gegenseitig. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller.

Stettiner Sänger. Das Aprilprogramm der Stettiner Sänger in Stettin ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller.

Reichsbund für Tuberkulose-Bekämpfung (Schwagerband der Tuberkulose und Gefährdeten) G. B. gewährt kostenlosen Rat und Auskunft. Neue Anschrift: Berlin 100 45, Neue Königstraße 26 (Hochhaus). Dr. E. Gayd, Zimmer 1121. Fernsprecher (R. 1) Berlin 100 45. Geschäftszeiten: Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag 14-18 Uhr.

Neue Post-Zeitungen. Die reformierte der Freimärkten werden künftig nur noch mit dem elektrischen Kopfbild des Reichspräsidenten — zum Teil in neuen Farben — herausgegeben. Die Marken aus 45 Wertung fallen weg. Weitergeführt wird dem großen Bildnis des Reichspräsidenten mit dem Reichspräsidenten. Der Druck der Marken mit dem Bild des Reichspräsidenten Obert ist eingestellt worden.

Carows Lechbühne. Immer wieder erforderlich ist ein Besuch bei Berlin unerschütterlich Komiker, bei Erich Carow. Sein Kostümler ist wohl bis zum letzten Platz. Die Berliner wollen ihre Lechbühne zum Wiederbesuchen noch einmal vor der letzten Saison. Die Lechbühne ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller. Die Gestaltung der Schrift ist ein Ergebnis der Zusammenarbeit der Schriftsteller und der Schriftsteller.

Breslau Auslandspläne Berger tiefbau

Umschuldungsprojekte

Bericht der Vossischen Zeitung

BRESLAU, MITTE APRIL

Die Steuerinsanieren der deutschen Gemeinden haben 1932 noch nicht 60 pCt. des Jahres 1929 betragen. Wenn man nun davon die Stadt Breslau als Gemeindefiskus in ihrem neuen Haushaltsplan noch 80 pCt. der Einnahmen von 1929 einsetzt, so wird man zunächst nicht recht verstehen, wie grade diese Stadt in den Ruf kam, die am meisten anfallenden unter allen deutschen Großstädten zu sein. Aber das Bild ändert sich sofort, wenn man sich die Entwicklung der sogenannten U b e r w e i s u n g s g e s t e u e r n anseht. In der Einnahme die die Stadt aus dem in ihr entstandenen Aufkommen aus den Einkommen-, Körper-, Umsatz- und Hauszinssteuer von Reichsgeld vertritt. Es stellt sich heraus, daß sie, die in ganz anderem Maße als die auf Jahre fixierten eigentlichen Gemeindesteuern ein Merkzeichen für die Wirtschaftskraft sind, noch einmal 57 pCt. der 1929 erzielten Summe darstellend. Daraus geht deutlich hervor, daß man auf der einen Seite bei der Belastung von Grundvermögen, Gewerbe usw. die Steuerlasten auf äußerst geringem Niveau, ja wohl überhaupt hat, während die Umsätze der Stadt aus dem der Breslauer Bevölkerung als beispiellos niedrig gelten müssen. Bestätigt wird dies auch durch das Absinken der Erträge der Vossischen Zeitung, die im Jahre 1932 den gewöhnlichen Ausmaß. Elektrizitätswerke z. B. bringen statt 10 nur noch 6 Mill., Gaswerke statt 6 nur noch 3 Mill. statt.

Die Stadt hat in den letzten Jahren eine rücksichtslos Sparpolitik durchgeführt. Die von ihr an die drei Reichsregierungen erteilten Aufträge sind in den vier letzten Teilergebnissen, was indirekt natürlich wieder neue Belastungen infolge Zunahme der Erwerbslosigkeit brachte, hat man den Haushalt von rund 200 Millionen innerhalb von drei Jahren auf 124 Millionen herabgedrückt. Das geschah, während fast täglich die Zahl der Wohlfahrtsbesitzer von 1929 auf heute 400 000 Parteien von der Stadt unterstützt; 1930: 45 000, 1931: 64 000, 1932: 78 000, im März 1933: über 82 000. Das sind weit über 138 000 Personen, die zum größten Teil fast vollständig von der Stadt erhalten werden. Rechnet man die von den Arbeitsämtern unterstützten Personen hinzu, dann ergibt sich, daß heute in einer Stadt von 614 000 Einwohnern 247 000 Personen in einem Kassen- und sonstigen Art nach Breslau diese Lasten schon lange nicht mehr allein tragen. Fehlten 1930 bereits 12 Millionen eigene Einnahmen, so heute bereits 20 Millionen. Die eigenen decken jetzt nur noch die Hälfte der Wohlfahrtsausgaben.

Es verdient Anerkennung, mit welcher Umsicht man trotz dieser schon mehr als kritischen Lage in den letzten Jahren versucht, die Finanzen zu stabilisieren. Die Schulden der Stadt ist zwar von 153 Mill. im Jahre 1929 auf 163 Mill. RM im Jahre 1932 gestiegen. Es gelang aber in der gleichen Zeit, die kurzfristigen Kredite von über auf 35 Mill. herabzusetzen. Sie sind aus dem auch nur recht und billig, daß es bei der ersten großen Gläubigerversammlung der Stadt Breslau, als sie um Unterstützung der 1932 eingeleiteten Schenkungen auf zwei Jahre bitten mußte, die sich zu unerfreulichen Auseinandersetzungen kam, wie in anderen Gemeinden. Der Kammerer der Stadt stand vor den Gläubigern nicht als Anbeter, sondern als Verhandlungspartner. Man mußte, daß er die ganze Nachkriegszeit hindurch unter Leitung der bisherigen Reichsminister einen selbstlosen, strengen und stillen Mann gegen die Vorwürfe großer Städte des deutschen Ostens geführt hat.

Daß dieser Kampf infolge der nicht der Krisen große Stadt für Breslau und Schlesien nicht erfolgreich sein konnte, entbehrt Breslau, die Preussische und die Reichsregierung nicht, die in der Mitte der letzten Jahre Wege zu suchen, um die Stadt wenigstens von den drückendsten Schuldenverpflichtungen zu befreien. In Breslau ist das Problem der Vermeidung der elektrischen Energie am brennendsten. Man ist vor die Frage gestellt, wie man die produktiven Aktiv der Gemeindefiskus nutzbar machen kann.

Zwei Wege sind möglich: Man kann die kommunalen Versorgungsbetriebe in eigene Gesellschaften privatrechtlichen Charakters umwandeln, sie dadurch beweglicher und zur Grundlage von Finanztransaktionen machen. Die Breslauer Elektrowerke zum Beispiel stehen mit 42,5 Mill. RM auf Buch. Sie brachten zuletzt noch einen Ertrag von rund 8,7 Mill. Bei innerhin ausreichender Energie könnten Aktien und Obligationen einer selbständigen Elektrizitätsgesellschaft sicherlich größeren Anreiz bieten als Forderungen gegen die Stadt selbst. Die Gaswerke werden in der städtischen Bilanz mit 23,7 Mill. bewertet und sollen zuletzt mit 10 Mill. RM Ertrag. Auch sie würden sich Möglichkeiten bieten.

Noch ernster aber ist zu prüfen, ob man nicht dem Vorbild der Stadt Berlin folgen soll, die Anfang 1931 gemeinsam mit der Stadt Breslau die Elektrizitätsgesellschaft und Licht-AG gründete, bei der Gelegenheit 300 Mill. kurzfristige Schulden abdeckte und die Stadt von 200 Mill. Verbindlichkeiten gegenüber den Berliner Elektrizitätsversorgungsunternehmen in der städtischen Bilanz aus dem Ostdeutschlands kauft, wie die Fachleute meinen, schon seit langem eine Lücke; das ist die Stadt Breslau, die sich im Sommer 1932 die Elektrizitätsgesellschaft Schlesien AG immer wieder behauptet hat, die mit den Reichselektrikern organisatorisch zusammenarbeitet.

Vielleicht findet sich, wenn man der kommunalen Umschuldung einmal in dieser Richtung zu gehen, die Möglichkeit, die in der Stadt Breslau nützlich sein könnte, sondern der Vereinheitlichung und stärkeren Produktivität der Stromversorgung und Stromlieferung im ganzen südosten des Reiches dienen würde. M. D.

4-Pfennigstücke werden eingezogen. Die seither zu der Ankurbelung der Pfennigrechnung im Geschäftsverkehr geschaffenen 4-Reichspfennigstücke werden bis zum 15. Oktober 1933 außer Kurs gesetzt. Sie haben sich im Vorkrieg nicht

Verlust Cornelius Heyl AG, Worms. Die Bilanz der Cornelius Heyl AG, Worms, weist nach folgenden Abschreibungen (i. V. insgesamt 117 Mill. RM) für das letzte Jahr einen Verlust von 650 109 (514 497) RM aus, Es

Hoffnung auf Arbeitsbeschaffung

Die Julius Berger Tiefbau AG, deren Dividenden-vorschlag von wieder 12 pCt. wir schon gemeldet haben, bezieht über die Einigung großer Aufträge aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm über einen Ergänzungsauftrag für die Anlage von Bordeaux sowie über Zusatzarbeiten im Anschluß an den ägyptischen Brückenbau. Im neuen Jahr sind weitere Arbeitsbeschaffungsaufträge eingegangen, und die Verwaltung hofft, daß die Regierung noch in größerem Umfang als bisher das Tiefbaugesetz berücksichtigen wird.

Trotzdem kann ihrer Meinung nach die Industrie zunächst nicht mit einer vollen Ausnützung ihrer in besseren Jahren stark ausgehenden Leistungsfähigkeit rechnen. Im so größeren Wert legt die Gesellschaft darauf, ihr Betätigungsfeld im Ausland zu erhalten und zu erweitern. Sie sich darauf berufen, daß die im Ausland arbeitenden deutschen Tiefbauunternehmen wertvolle Pionierarbeit auch für die übrigen deutschen Handels- und Industrieunternehmen geleistet haben. So sind im Zusammenhang mit den Arbeiten der Berger AG in Rumänien, Persien, Kolumbien und der Türkei auch deutschen Lieferindustrien große Aufträge zugefallen. Allerdings kann das deutsche Tiefbaugesetz Wettbewerbsvorteile auf dem Weltmarkt zu behaupten, wenn es im lande genutzte Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für seine Ingenieure und Arbeiter behält.

Der Bericht verweist auf die gemeinsam mit französischen und englischen Firmen getroffene Einigung des Syndicats Européen d'Entreprisen. Mit verschiedenen Staaten wird über größere Projekte verhandelt. Ein Abschluß konnte jedoch wegen der Schwierigkeiten in der Finanzierung nicht erzielt werden. Die Abrechnung wegen der persischen und türkischen Bahnbauten dürfte im Laufe dieses Jahres durchgeführt werden während in ganz Europa nicht erzielt werden. Die rumänischen Regierung, denen durch ausreichende Rück-

wird vorgeschlagen, diesen Verlust einsehl. des Verlustvertrages aus 1930/31 von 350 095 RM mit insgesamt rund 1 Mill. RM vorzutragen. Die Bilanz zeigt eine bessere Liquidität als im Vorjahre.

Deutsch-englische Einigung

Handelsverhandlungen abgeschlossen

Die deutsch-englischen Handelsverhandlungen sind, wie "Daily Telegraph" meldet, abgeschlossen. Handelsminister Ruzic wird am Mittwoch nachmittag eine Mitteilung über den Unterhau machen. In gleicher Weise stehen die Verhandlungen mit anderen Ländern, nämlich Argentinien, Dänemark, Norwegen, Schweden, vor dem Abschluß oder sind bereits abgeschlossen. Die Verhandlungen wurden teilweise während der ganzen Dienstzeit nicht eingeleitet, um einen Abschluß bis zum Mittwoch zu ermöglichen.

Wie erinnerlich, ist bei den schon vor Monaten eingeleiteten Verhandlungen von deutscher Seite u. a. eine Senkung der englischen Zölle für Kleinreiswaren usw. angestrebt worden. Englands Wünsche erstreckten sich vor allem auf die Regelung des Kohlenkontingents für die englische Einfuhr nach Deutschland.

Devisenpakt

Deutschland—Tschechoslowakei

Mit der tschechoslowakischen Regierung ist am 11. April ein Devisenabkommen abgeschlossen worden, aus Grund dessen der Reichswirtschaftsminister angeordnet hat, daß Zahlungen für aus der Tschechoslowakei gelieferte Waren, soweit sie im Rahmen der erteilten Devisengenehmigungen erfolgt, auf dem ganzen Gebiet des Reiches, einschließlich der Reichsmark oder Devisen sind daher im Warenverkehr mit der Tschechoslowakei künftig ausgeschlossen. Die auf dem Sammelkonto eingehenden Devisen werden zur Bezahlung deutscher Exporte nach der Tschechoslowakei verwendet.

Es ist ferner die Möglichkeit geschaffen worden, daß die deutschen Exporteure sich an der Ersetzung der ihnen erteilten Devisenkontingente mit Genehmigung der zuständigen Devisenbewirtschaftungsstelle für tschechoslowakische Lieferanten Zahlungen auf das gleiche Sammelkonto leisten können. Um die dabei zu zahlenden Reichsmark oder Devisen sind daher im Warenverkehr mit der Tschechoslowakei künftig ausgeschlossen. Die auf dem Sammelkonto eingehenden Devisen werden zur Bezahlung deutscher Exporte nach der Tschechoslowakei verwendet.

Gleichzeitig ist vereinbart worden, daß dieses Zahlungsabkommen nicht die bestehende Versicherung über das bisherige Verhältnis zwischen der deutschen Ausfuhr nach der Tschechoslowakei und der tschechoslowakischen Einfuhr nach Deutschland führen darf, so daß die tschechoslowakische Nationalbank in gewissem Umfang Devisen nach Deutschland transferieren wird.

Auf Grund dieser Vereinbarungen hat die tschechoslowakische Regierung die Zahlungssperre gegenüber Deutschland aufgehoben. Ebenso ist deutsches die am 17. März 1933 verfügte Zahlungssperre gegenüber der Tschechoslowakei sowie die zweite Verordnung zur Durchführung der Devisenbewirtschaftung vom 17. März 1933, durch die die Freigabe gegenüber der Tschechoslowakei auf 50 M herabgesetzt worden war, außer Kraft gesetzt worden.

Verwaltungsvereinbarung bei Dreyerhoff u. Widmann. Im Verfolg eingeleiteter Sparmaßnahmen ist die Direktion der Dreyerhoff u. Widmann AG in Biebrich mit der bereits besprochenen Direktion in Biebrich vereinbart worden, daß dieser Gelegenheit ist die bisher in Biebrich dimenzionierte Direktor Weesely aus dem Vorstände ausgeschieden.

stellungen Rechnung getragen worden ist, hofft die Verwaltung auf einen günstigen Ausgang.

Überhaupt ist bei dem Abschluß der Berger Tiefbau AG, zu berücksichtigen, daß Ausnützung und Abschreibung der großen Arbeiten sich meist über Jahre hinaus erstrecken. So wurde das günstige Ergebnis des abgelaufenen Jahres zum guten Teil aus dem jetzt eingegangenen Erlösen älterer Aufträge bestritten, und auch für 1933 hofft die Verwaltung, aus den gleichen Quellen ein angemessene Dividende zahlen zu können. Annehmend sind auch ältere Arbeiten inzwischen weiter fortgeschritten, so daß größere Summen hierbei investiert wurden, die Gegenwerte aber noch nicht eingegangen sind.

Wenigstens läßt es sich nur auf diese Weise erklären, daß die Bilanz der Firma ein fest verzinste Forderungen von auf 4,80 Mill. RM zu rückgekauften, dagegen Forderungen aus Arbeitsgemeinschafts- und Konsortialverträgen von 1,31 auf 5,59 Mill. RM gestiegen sind. Auf der anderen Seite haben sich freilich auch die Forderungen aus Bauten, wohl infolge fortschreitender Abwicklung, von 2,57 auf 0,78 Mill. RM und sonstige Außenstände von 0,78 auf 0,04 Mill. RM ermäßigt. Da die gesamten Verbindlichkeiten von 0,78 auf 0,32 Mill. M abgenommen haben, ist die Bilanz nach wie vor als äußerst flüssig zu bezeichnen. Bedauerlich ist es trotzdem, daß der Geschäftsbetrieb zu diesen erheblichen Veränderungen keine erläuternden Angaben enthält.

Die Rückstellung für noch nicht abgerechnete Bauten erscheint mit 0,50 (0,96) Mill. ebenfalls stark ermäßigt, da sie zumal mit dem Budget mit 1,20 auf 0,50 Mill. RM unverändert. Der Wertpapierbesitz ist einschließlich der zu Part eingezinsten nominal 420 000 eigenen Aktien mit 0,67 (0,64) Mill. RM bewertet, die Anlagekonten erscheinen mit 2,24 (2,02) Mill. RM Abschreibungen mit 1,14 (0,98) Mill. RM. Bemerkenswert ist endlich die Aufgliederung der Gewinn- und Verlustrechnung, aus der sich ergibt, daß von der RM (2,28) Mill. RM Beträge zum Gewinn 0,72 Mill. RM auf Zinsen und sonstige Vermögenserträge entfallen. Aus dem Reingewinn werden nach Abnahme der Ausschüttungen 0,09 (0,18) Mill. RM vorzutragen.

Vor dem Verkehrsrieden?

Endkampf im Speditionsgewerbe

Der Endkampf um die endgültige Auseinandersetzung zwischen Reichsbahn und Kraftverkehr hat seinen Niederschlag auch in einer organisatorischen Spaltung des Speditionsgewerbes gefunden. Die Speditoren, die durch Beitritt zur Reichsbahn-Speditorengruppe, die sich im Rahmen der Reichsbahn gemacht haben und nach Schätzung von beteiligter Seite 90 pCt. aller Firmen darstellen, haben sich zu einem neuen „Allgemeinen Deutschen Speditorenverein“ zusammengeschlossen. Gegenüber der Gründung nimmt die alte Spitzenvertretung des Gewerbes, der Verein deutscher Speditoren, in einer scharfen Erklärung Stellung. Speditoren e. V. mache sich zum „Sprachrohr einer kleinen Gruppe von Kraftwegspeditoren“, als Entstellung der berechtigten Interessen der Schenkergruppe. Der Verein deutscher Speditoren e. V. habe sofort nach Übernahme der Gewalt durch die nationale Regierung mit dieser Fühlung genommen und Verhandlungen an höchster Stelle geführt. Im übrigen stehe der Verein Deutscher Speditoren e. V. in ständiger Fühlungnahme und Zusammenarbeit mit dem empfindung des gewerblichen Mittelstandes der NSDAP.

Dazu hören wir, daß entsprechend dem Willen und der Ankündigung des Kanzlers die seit Jahren schwebende Frage einer organischer Arbeitsteilung und Zusammenarbeit zwischen Schiene und Landstraße einer beschleunigten Regelung zugeführt wird. Die Vorarbeiten sind schon weit gediehen, und man hofft, auch die noch widerstreitenden Speditoren zu einem gegenseitigen Verständnis zu bringen. Die die von der Reichsbahn kontrollierte Organisation der Bahnspedition G. m. b. H. bzw. des Schenkerkonzerns der z. T. selbstkapitalisierten Speditoren, die sich in Anlehnung an die Reichsbahn bilden, sollen aber die freien Unternehmer eingeschaltet, nicht aber aufgesaugt werden. Mit der Automobilindustrie ist eine Fühlung genommen worden. Die in der Frage der Reichsbahn- und Landstraßen Reichsregierung und Reichsbahn über schnelles Vorgehen einverstanden. Dazu wird uns geschrieben: Man hofft, daß die Reichsbahn weit über die üblichen Jahresaufträge hinausgehen wird.

Durchaus im wirtschaftspolitischen Sinne der heutigen Reichsregierung wäre es, wenn Ausbesserungsarbeiten an Bahnhöfen und sonstigen Gebäuden Angriff genommen würden. Bei dieser Auftragserteilung wird die Reichsbahn in erster Linie der Deutsche Handwerker berücksichtigt werden können. Dachausbesserungen und Glasarbeiten, Neuanstrich sowie vieler anderer mehr. Vor allem die bei der Ausbesserung der Reichsbahn in die Millionen gehen, die fast restlos dem Handwerk zugute käme.

Zur Förderung des Arbeitsbeschaffungsprogrammes der Reichsregierung werden die Deutsche Reichsbahngesellschaft am 8. April 1933 für die Beförderung aller Güter, die zur Ausführung von Arbeiten im Rahmen dieses Programmes bestimmt sind, eine Frachtermäßigung von 20 pCt.

Veränderungen im Gesamtschuh der Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft. Im Gesamtschuh der Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft haben der Vorsitzende Direktor Dr. Ing. W. Pfeils und der stellvertretende Vorsitzende Dr. Peierls ihre Aemter niedergelegt. Gleichzeitig ist Dr. Pfeils von seinem Amt als erster stellvertretender Vorsitzender der Gesamtschuh der deutschen Metall-, Walzwerke- und Hüttenindustrie e. V. zurückgetreten.

